

# Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Netzwerkgruppe Stuttgart März 2008

## Kein Ausverkauf durch Schlichterspruch Bundesweiter Vollstreik zur Durchsetzung unserer Forderungen

Wenn zwei sich streiten, hilft beiden ein Schlichter. Das gilt im zwischenmenschlichen Umgang aber nicht für Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen in einem unveröhnlichen Interessengegensatz zueinander. Neutrale Schlichter gibt es nicht. Solange die Arbeitgeber ihre Machtmittel widerstandslos einsetzen können, akzeptieren sie keine Schlichtung, egal wie brutal sie sich verhalten. Erst wenn die Gewerkschaften ihre Kampfkraft einsetzen, schreien sie nach einem Schlichter.

Die Schlichtungsabkommen im öffentlichen Dienst sind Folge des Streiks von 1974. Damals hatte die ÖTV eine Lohnerhöhung von 15% gefordert und mit Streik 11% durchgesetzt. Ein solch offensiver Streik sollte sich nicht mehr wiederholen. Deshalb haben die Arbeitgeber zusammen mit den sozialpartnerschaftlichen ÖTV-Spitzenfunktionären das Schlichtungsverfahren erfunden. Es soll Kompromissfähigkeit durch „unabhängige“ Schlichter vorgaukeln. Die Friedenspflicht unterbricht den durch die Warnstreiks aufgebauten Druck. Im Schlichtungsabkommen ist festgelegt, dass es zu einer „einstimmigen Einigungsempfehlung“ kommen soll. Das heißt, die Gewerkschaftsvertreter sollen Zugeständnisse machen und die Erwartungen der Mitglieder herunterschrauben. In den Tarifrunden 2000 und 2002/2003 haben wir erlebt, wie Schlichtungen zu einem Knebel für die Kampfkraft und zu einem Hebel für die Arbeitgeber wurden. Für die Tarifrunde 2008 war von Anfang klar,

dass der stimmberechtigte Vorsitzende Schlichter von der Arbeitgeberseite benannt wird und damit die Arbeitgeberseite eine klare Mehrheit hat. Obwohl das Schlichtungsabkommen auf Quartalsende gekündigt werden kann, hat es die ver.di-Führung nicht gekündigt. Obendrein hat der ver.di-Vorstand den ehemaligen Oberbürgermeister von Hannover und Städtetagspräsident, Herbert Schmalstieg als ihren Schlichter berufen. Damit wurde dem Arbeitgeberlager in der Schlichtungskommission zu einer satten Mehrheit verholfen. Drei Tage nach Ende der beeindruckenden Warnstreikwelle Anfang März ging ver.di-Schlichter Schmalstieg an die Presse mit der Äußerung, dass sich die Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeit bewegen müssten und dass es bei den Städten und Kommunen eine schwierige Finanzlage geben würde. Am 28.3. soll der Schlichterspruch verkündet werden. Am 29.3 gibt es eine Nachverhandlung. Wenn das dadurch erreichte Ergebnis von der Bundestarifkommission abgelehnt wird, gibt es im April Urabstimmung und Streik.

**Für uns ist klar: Die Beschäftigten werden die Verlierer eines Schlichterspruchs sein. Deshalb darf es auf der Grundlage eines Schlichterspruchs keinen Abschluss geben.**

Die von Gewerkschaftsseite erhobenen Forderungen sind bereits der Kompromiss. Wir erinnern daran, dass in Betrieben und Gliederungen weit höhere Forderungen gestellt wurden und auch bei den Warnstreiks oft zu hören war, dass die Forderung zu niedrig sei. Das Geld für die Finanzierung unserer Forderungen ist da. Holen wir es uns.

### Urabstimmung – bundesweiter Vollstreik

10.000 Lokführer haben mit einem 62-stündigen Streik und der Androhung eines weiteren unbefristeten Streiks 11% mehr Lohn und eine Stunde weniger Arbeitszeit erkämpft. Die 2,6 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben eine weitaus höhere Kampfkraft und sind deshalb in der Lage ein ähnliches Ergebnis wie die GDL zu erzielen. Dafür brauchen wir aber die gleiche Entschlossenheit. Und die müssen wir jetzt von der ver.di-Führung einfordern.

Ein paar Stunden Warnstreiks von Beschäftigten an einigen Flughäfen am 5.3. haben dazu geführt, dass 431 Flüge gestrichen werden mussten. In Hamburg hat die Flughafenfeuerwehr für einige Stunden die Arbeit niedergelegt. Auf den Start- und Landepisten ging nichts mehr. 77 Flieger konnten nicht starten. Man stelle sich vor an allen Flughäfen würde der Bodenverkehrsdienst, die Gepäckkontrolle, die Polizei und die Flughafenfeuerwehr streiken. Im Streik 1992 wurde der Frankfurter Flughafen für 24 Stunden bestreikt. Das hat damals zu einem wirtschaftlichen Schaden von 40 Millionen DM geführt.

Beim Warnstreik am 6.3. waren fast alle Schleusen des Neckars und damit der Container- und sonstige Güterverkehr lahmgelegt. Wenn alle Schleusen auf allen Flüssen und Kanälen mehrere Tage oder eine ganze Woche bestreikt werden, kommt wegen der Just-in-Time-Produktion die Industrie schnell ins Stocken. Kollegen des Wasser- und Schifffahrtsamtes schätzen, dass ihre Kampfkraft dem der Lokführer nahe kommt. Die Zahlen im Güter-



verkehr bestätigen dies. Im Jahr 2006 wurden in Deutschland 343 Millionen Tonnen Güter auf den Schienen und 243 Millionen Tonnen auf den Wasserwegen transportiert. Mehrere tausend Sparkassenbeschäftigte und mehrere hundert Beschäftigte der Bundesbank haben sich an den Warnstreiks beteiligt. Man stelle sich vor Bundesbank und Sparkassen würden für längere Zeit bestreikt. Der Geldmarkt käme gewaltig in die Bredouille.

Es ist enorm wichtig, dass die Profiteure von Steuersenkungen, Privatisierungen und der staatlichen Umverteilung, sprich die Aktionäre, Manager und Bewohner der Villenviertel massiv durch den Streik getroffen werden. Das geht am besten

Auch über gezielte Aktionen der Stadtwerke können Politiker und Wirtschaftsleute besonders getroffen werden. Kollegen des Energieversorgers EdF in Frankreich haben z.B. bei ihrem Streik 2004 Politikern und dem französischen Unternehmerverband den Strom abgedreht. Privatkunden, die ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen konnten, wurde dagegen kostenlos mit Strom versorgt.

Ein Streik im öffentlichen Dienst kann nicht geführt werden, ohne dass die Bevölkerung davon betroffen ist. Es darf aber nicht sein, dass Konzerne, Aktionäre und die Reichen der Gesellschaft verschont bleiben. Am 4.3. hat die ver.di-Landesleitung in Niedersachsen den Streik im öffentlichen Nahverkehr in Hannover mit Rücksicht auf die Geschäftsreisenden der Computermesse Cebit von 3.00 bis 7.00 Uhr begrenzt und sich danach sogar auf einen verdichteten Takt eingelassen. Solche Streik-Ausnahmen dürfen sich nicht wiederholen.

Erfahrungsgemäß ist sogar die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu Solidarität und Opfern bereit. Mit dieser Solidarität muss ver.di aber verantwortlich umgehen. Das heißt, es muss ein effektiver Streik, sprich von Anfang an ein bundesweiter Vollstreik geführt werden. Auch hier haben die Lokführer das beste Beispiel geliefert. Als sie alles gleichzeitig lahmgelegt haben, haben die Arbeitgeber nachgegeben. Ein verzettelter, in die Länge gezogener Kampf wäre eine völlig falsche Streikstrategie und würde den Erfolg verspielen.

Ein gemeinsamer Streik aller von ver.di und anderen Gewerkschaften organisierten Bereiche, die sich in Tarifeinsetzungen befinden, wäre zudem das beste Mittel, um Druck von der Bevölkerung zu

nehmen. Eine Verkäuferin, eine Telekom-Beschäftigte, eine Kollegin der Bundesagentur für Arbeit, einer Krankenkasse, die gleichzeitig mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst streikt, ist weniger betroffen von einem Streik im ÖPNV oder der Kita. Mit gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen vor oder in Rathäusern, vor oder in Kaufhäusern kann der Druck auf alle Arbeitgeber massiv erhöht werden.

Die Tarifeinsetzung im öffentlichen Dienst ist auch ein Stellvertreterkampf für alle abhängig Beschäftigten. Sie sind auch am meisten angewiesen auf gute und ausreichende öffentliche Dienste und Beschäftigte, die unter ordentlichen Arbeitsbedingungen bei guter Bezahlung arbeiten. Die Lohnabsenkung bei den Erzieherinnen, Müllwerkern und Krankenpflegern sind Teil des Angriffs auf den öffentlichen Dienst. Letztlich soll er sturmreif für die Privatisierung geschossen werden. Bei der Arbeitszeitverlängerung geht es den Politikern nicht nur um den öffentlichen Dienst. Mit der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst wollen sie ein Signal setzen für die gesamte Wirtschaft. Deshalb braucht der Streik im öffentlichen Dienst die aktive Unterstützung aller Gewerkschaften – bis hin zu Solidaritätsstreiks.

**„Keine Macht der Welt kann eine Idee aufhalten, deren Zeit gekommen ist“**

Das war der Leitspruch der Lokführer. Machen wir ihn uns zu eigen. Je mehr Kolleginnen und Kollegen sich jetzt aktiv einmischen in die Tarifrunde, desto mehr Kampfkraft können wir entfalten und desto größer ist der Druck auf die Bundetarif- und Verhandlungskommission, die im Streik erreichte Stärke in die Durchsetzung unserer Forderungen zu verwandeln.

Nächstes Treffen der Netzwerkgruppe Stuttgart

Mittwoch, 9.4.2008

18.00 Uhr, Kellerschenke, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20

**Wir fordern** von den Gewerkschaftsvertretern in der Schlichtungskommission, den Tarifkommissionen und Vorständen von ver.di, GEW, DPG und dbb

1. Die konsequente Ablehnung, der Arbeitszeitverlängerung, der Erhöhung von Leistungslohn, von sonstigen Kompensationen oder Laufzeitverlängerung über ein Jahr.
2. Kein Abschluss auf der Grundlage eines Schlichterspruchs mit Zugeständnissen an die Arbeitgeber
3. Urabstimmung und Vollstreik zur vollen Durchsetzung von mindestens 200 Euro und aller anderen Tarifforderungen
4. Kein Abschluss ohne demokratische Zustimmung durch die Gewerkschaftsmitglieder

durch Streiks an den Flughäfen und im Gütertransport in der Luft und auf dem Wasser. Für den Erfolg der Lokführer war entscheidend, dass die Konzerne über Tiefensee Druck auf Mehdorn und Suckale ausgeübt haben, nachzugeben. In einem Interview mit der Bild am Sonntag am 9.3 erklärte Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt: „Die Versorgung von Unternehmen mit Rohstoffen leidet schon nach ein oder zwei Tagen Bahn-Streik gewaltig. Da kann es schnell zu Ausfällen in der Produktion kommen“. Und was für einen Bahn-Streik gilt, gilt erst recht für einen Flughafenstreik und auch für das Bestreiken der Wasserstraßen.